

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen bis 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 P. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rängstraße 5, 3. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Der Raubzug auf des Volkes Taschen.

II.

Im ersten Artikel wurde schon gesagt, daß die Steuervorlage der Regierung ein Meißerwerk politischer Ungerechtigkeit war. Nachdem sich aber Junker und Pöbel im gemeinsamen Kampfe gegen die Erbschaftsteuer gefunden hatten, machten sie ganze Arbeit. Den vereinten Kräften der beiden schwarzen Krebse gelang es denn auch, ein Steuerbukett zusammen zu bringen, so reaktionär und volksfeindlich, daß die Vorlage der Regierung dagegen fast volksfreundlich anmutete. Trennen wir die Steuern in folgende 3 Gruppen: 1. Steuern auf Massenverbrauchsartikel, 2. Handels- und Gewerbesteuern und indirekte Besitzsteuern, 3. direkte Besitzsteuern, so ergibt sich folgendes Resultat:

Table with 2 main columns: 'Regierungsvorlage' and 'Beschlüsse des Reichstags'. It lists various tax items like beer, wine, tobacco, and land taxes, comparing government proposals with actual legislative decisions.

Das blau-schwarze Kartell hat also nicht nur die sogenannten Genussmittel (Bier, Branntwein, Tabak), sondern auch wichtige Lebensmittel, wie den Kaffee und die unentbehrlichen Streichhölzer, mit neuen Steuern belegt. Ferner sind die Handel und Gewerbe belastenden Steuern erheblich erhöht worden, die Erbschaftsteuer aber, die einzige Blume im Regierungstertrau, die für den Besitz bestimmt war, hat der Bloß verworfen. Über damit sind die zentriert-konservativen Schamlosigkeit noch nicht zu Ende. Die angenommenen Bloßsteuern ergaben nicht den von der Regierung geforderten Betrag; es mußte also nach Ergänzung gesucht werden. Und die braven Zentrumschrisen fanden auch hier den Knüttel beim Hund. Die Regierung hatte vorgeschlagen, die Fahrkartensteuer, von deren verkehrsförderlicher Wirkung sie sich überzeugt hatte, abzuschaffen; der Bloß lehnte das ab und schlug die zwanzig Millionen Ertrag in seine Schüssel. Weiter hatte die Regierung eine Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 Mt. pro Doppelzentner vorgeschlagen (bisher 14 Mt.). Der Vorschlag der Regierung war die Einlösung eines Versprechens, das der Staatssekretär von Stengel im Dezember 1907 im Reichstage abgegeben hatte. Die Annahme des Regierungsvorschlags hätte einen Einnahmeausfall von circa 25 Millionen Mark zur Folge gehabt. Dafür wäre aber der Zucker, der nicht nur ein Genussmittel, sondern auch ein äußerst wertvolles Nahrungsmittel ist, um 2 Pfennige pro Pfund billiger geworden. Diese Verbilligung hätte naturgemäß eine Hebung des Zuckerverbrauchs und damit einen Aufschwung der Industrie gezeitigt. Die konservativ-keritale Blockmehrheit pfiff auf das Versprechen der Regierung, wie auf das Wohlergehen der Industrie und kümmerte sich den Teufel darum, ob die Proletarier ihre Speisen mit Zucker schwächer und nahrhafter machen können oder nicht; sie brauchte noch Geld und behielt deshalb die erhöhte Zuckersteuer bei. Der Bloß hat also die von der Regierung vorgeschlagene Erbschaftsteuer gestrichen und dafür die breiten Massen des Volkes mit 43 Millionen Mark und Handel, Gewerbe und Verkehr mit 60 Millionen Mark mehr belastet, als die Regierung vorgeschlagen hat. Wie sich die Belastung des Volkes durch die Verbrauchssteuern im einzelnen stellt, soll nachstehend gezeigt werden. Die Brauksteuer hat eine Verteuerung des Bieres um circa 2 Pfennig pro Liter zur Folge. Nun nehmen aber

die Brauereien und Gastwirte die Gelegenheit wahr, ein Schäflein extra zu scheren. Eine Versammlung von Vertretern des Schutzverbandes der Brauereien, die kürzlich in Berlin stattfand, hat beschlossen, den Bierpreis nicht um 2, sondern um 5 Pfennig per Liter zu erhöhen und die Wirte zu verpflichten, nicht unter 40 Pfennig das Liter zu verkaufen. Dadurch soll den Wirten ebenfalls ein Extraprofit von 2-3 Pf. pro Liter zufließen. Ähnliche Beschlüsse sind in andern Orten von den Brauereien und Wirten gefaßt worden. Da in Deutschland jährlich 72,5 Mill. Hektoliter Bier konsumiert werden, bedeutet eine Preiserhöhung um nur 5 Pfennig pro Liter eine jährliche Mehrausgabe von 362,5 Mill. Mark. Selbst wenn wir annehmen, daß die Verteuerung einen Rückgang des Verbrauchs zur Folge hat, wird die Biersteuer dem Volke also nicht 100, sondern mindestens 300 Mill. Mark kosten. Die Verteuerung der Steuer ist schwankend. Den Abstinents trifft sie garnicht, den mäßigen Trinker wenig, den starken Biertrinker aber außerordentlich hoch. Ganz besonders stark wird Bayern betroffen. Der Bierverbrauch beträgt hier durchschnittlich circa 240 Liter pro Kopf und Jahr. Das bedeutet, wenn das Liter um 5 Pfennig verteuert wird, eine Mehrbelastung von fast 60 Mt. pro Familie und Jahr. Die bayerischen Arbeiter, die ja das Hauptkontingent der Zentrumswähler stellen, mögen bei geeigneter Gelegenheit dem Zentrum ihren Dank abstatuen. Die Branntweinsteuer besteht in einer Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf Spiritus. Da mit dieser Steuer die vielgenannte 'Liebergabe' verbunden ist, sei ihr Wesen hier kurz erörtert. Durch Gesetz vom 24. Juni 1887, ergänzt und erweitert durch Novellen von 1891, 1895, 1898 und 1902, wird von reinem (100 Prozent) Spiritus eine Verbrauchsabgabe von 50 Pf. pro Liter erhoben. Dieser Satz gilt jedoch nur für das sogenannte 'Kontingent', das heißt ein Quantum von 4 1/2 Litern pro Kopf der Bevölkerung, das nach bestimmten Grundfögen auf die Brennereien umgelegt wird. Dieses Kontingent bleibt aber hinter dem Bedarf zurück; es muß deshalb noch kontingentfreier Spiritus gebrannt werden, der aber mit 70 Pf. Verbrauchsabgabe pro Liter belastet wird. Diese differenzierte Festsatzung der Verbrauchsabgabe hat den ausgesprochenen Zweck, den Brennern — es sind zumeist die allmächtigen preussischen Junker — ganz enorme Profite auf Kosten der Branntweintrinker zuzufuhren. Denn der Preis pro Liter wird natürlich nach dem höheren Steuersatz des kontingentfreien Spiritus berechnet, so daß die 20 Pf. pro Liter, die für den Kontingentspiritus weniger Steuer bezahlt werden, in die Taschen der Schnapsbrenner fallen. Das ist die Liebergabe der Regierung an ihre getreuen Junker — ein Stimmchen von ca. 45 Millionen Mark jährlich. Durch das neue Steuergesetz wird die Verbrauchsabgabe von 50 auf 105 Mt. für das Hektoliter Kontingentspiritus und von 70 auf 125 Mt. für kontingentfreien Spiritus erhöht. Der Herstellungspreis eines Hektoliters Spiritus beträgt nur 24 Mt., die Verteuerung durch die Verbrauchsabgabe also 400 bis 500 Prozent. Von der Sozialdemokratie und auch von den liberalen Parteien wurde versucht, die skandalöse Liebergabewirtschaft durch Festsatzung eines einheitlichen Steuersatzes zu beseitigen. Das wäre gelungen, wenn nicht das Zentrum den Schnapsjunkern geholfen hätte. Die Verteuerung des Trinbranntweins wird 35 bis 40 Prozent betragen. Zweifellos wird das Volk aber nicht nur die 100 Millionen Mark mehr bezahlen müssen, die der Staat haben will, sondern noch einen erheblichen Aufschlag für die Brenner und Händler extra. Die Spirituszentrale hat schon vor Inkrafttreten eine Preiserhöhung um 10 Mt. pro Hektoliter eintreten lassen, um sich einen Extraprofit zu sichern. Die Tabaksteuer wird die Arbeiterschaft der Tabakindustrie ganz besonders schwer treffen. Selbst die Regierung rechnet mit einem Rückgang des Konsums um 25 Prozent. Da gerade die Tabakindustrie zahlreiche Halbinvaliden beschäftigt, sind die Folgen dieser Steuer unabwehrbar. Von den Sozialdemokraten wurde denn auch bei Beratung des Gesetzes gefordert, daß den durch das Gesetz brottlos werdenden Arbeitern eine Entschädigung aus Reichsmitteln gewährt werden solle. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts brachte darauf einen Verwässerungsantrag ein, nach dem nicht eine Entschädigung, sondern eine Unterküpfung gezahlt werden sollte, und zwar höchstens bis 1/4 des Lohnes. Die Sozialdemokraten stimmten, nachdem ihr eigener Antrag abgelehnt worden war, für den Zentrumsantrag, weil er, wenn auch schlechter als der sozialdemokratische, doch besser als nichts war. In der dritten Lesung des Gesetzes brachte aber derselbe Giesberts einen Verwässerungsantrag zu seinem eigenen Antrage ein.

Er forderte nämlich, daß für die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter nur 4 Millionen Mark eingesetzt werden sollten. Selbstverständlich stimmten die Sozialdemokraten gegen diese Verwässerung. Charakteristisch ist, daß sich selbst der nationalliberale Stresemann, Syndikus eines Unternehmerverbandes, gegen den Verwässerungsantrag des 'Arbeitervertreter' Giesberts wandte und den Antrag stellte, die Beschränkung der Summe auf 4 Millionen zu streichen. Aber die frommen Kaplane und Arbeitervertreter des Zentrums waren reaktionärer als der Unternehmersyndikus und beschlossen die Begrenzung auf 4 Millionen Mark. Durch die neue Steuer wird jede Zigarre um 1-2 Pfennig verteuert. Kaffee und Tee waren schon bisher schwer belastet. Im Jahre 1907 brachte der Zoll auf Kaffee dem Reiche 75 1/2 Millionen Mark; er betrug 20 Pfennig pro Pfund oder 47 Prozent des Wertes und belastete jeden Einwohner mit 121 Pfennigen im Durchschnitt, eine Familie also mit circa 6 Mark pro Jahr. Nunmehr ist der Zoll auf Kaffee von 40 Mt. auf 60 Mt. pro Doppelzentner, also von 20 auf 30 Pfennig pro Pfund erhöht worden; die Durchschnittsfamilie wird also in Zukunft 9 Mt. jährlich an Kaffeesteuer zu zahlen haben. Da aber der Kaffeegenuß bei den Arbeitern stärker ist, als bei den bestehenden Klassen, ist die Belastung des Arbeiterhaushalts noch weit höher. Das Pfund Tee wird durch die Erhöhung des Zolls um 25 auf 100 Mt. pro Doppelzentner um 3 7/8 Pfennig verteuert. Die Zündholzsteuer ist ein neuer Zweig am Baum der indirekten Steuern. Bisher waren die Streichhölzer der allgemeinen Steuerwelt entgangen, der Schnapsbloß hat sie um so härter gefaßt. Die Steuer beträgt für 1000 Paß 150 Mt.; das macht für das Paß den verhältnismäßig ungeheuren Satz von 15 Pf. Aber auch die Zündholzfabrikanten nahmen die Gelegenheit beim Schopfe und sicherten sich einen Extraprofit. Als die Steuer beschlossen war, beziele sich das Publikum, Zündhölzer zu kaufen, und bald waren bei den Krämmern die Vorräte verschwunden. Darauf hielten die Fabriken und ihre Lagerhalter in den Städten die Ware zurück, so daß überhaupt keine Zündhölzer zu haben waren. Dann lieferten die Fabriken wieder, aber mit einem ganz gewaltigen Aufschlag, und das Publikum kaufte, weil nach Inkrafttreten der Steuer der Preis ja noch höher wurde. Auch aus dem Auslande wurden Streichhölzer in Massen eingeführt und zu erhöhten Preisen verkauft. Die Folge wird sein, daß im nächsten Jahre der Absatz der Fabriken stockt und daß zahlreiche Arbeiter entlassen werden. Die Unternehmer rechnen schon mit Minderabsatz und wollen deshalb auf den bisherigen Preis von 8-10 Pf. pro Paß nicht nur die 15 Pfennige Steuer, sondern noch weitere 5 Pfennige aufschlagen, so daß das Paß nicht 23 bis 25, sondern circa 30 Pfennige kosten wird. Die Sozialdemokraten sahen diese Entwicklung der Dinge voraus und beantragten Entschädigung der durch das Gesetz brottlos werdenden Arbeiter; das 'arbeiterfreundliche' Zentrum lehnte die Entschädigung ab. Den Zündholzfabrikanten aber gewährte der Bloß eine Entschädigung durch die Bestimmung, daß Fabriken, die nach dem 1. Juni 1909 gegründet werden, um 20 Prozent erhöhte Steuersätze zu zahlen haben. Dadurch haben die bestehenden Fabriken eine Art Monopol erhalten und können die Abnehmer nach Belieben schröpfen. Und die 'Arbeitervertreter' des Zentrums stimmten für die Entschädigung der schwarzen Fabrikanten und gegen die Entschädigung der armen Arbeiter. Die übrigen Bloßsteuern belasten die Arbeiterschaft zwar nicht in erster Linie, werden aber doch zum erheblichen Teil auf sie abgewälzt werden. Mit der Kennomiersteuer, der Steuer auf die Dividendenscheine der Aktien (Zalonssteuer), ist der Schnapsbloß zudem glänzend hereingefallen. Zalons sind Papiere, die den Aktien und fest verzinslichen Wertpapieren beigegeben werden; sie enthalten Scheine, die zur Entnahme der Dividenden oder der Zinsen dienen; die Zalons werden in der Regel auf zehn Jahre im voraus abgegeben. — Nun bestimmt das Gesetz, daß Zalons, die vor dem 1. August d. J. abgegeben worden, steuerfrei bleiben. In dieser Bestimmung sahen die pfiffigen Decalater der Gesellschaften sofort die rettende Lücke: sie zogen einfach ihre alten Zalons ein und gaben neue auf die Dauer von 10 bis 40 Jahren aus. So wird der Staat um die 'Besitz'steuern beschummelt! Wir recapitulieren: 1. Die Finanznot des Reiches war die natürliche Folge der wahnwitzigen Rüstungspolitik. Dieser Rüstungspolitik haben mit Ausnahme der Sozialdemokratie alle Parteien des Reichstags zugestimmt.

2. Die Regierung wollte 400 Millionen Mark durch indirekte Steuern und 100 Millionen durch Besteuerungen aufbringen. Mit der Belastung des Volkes durch 400 Millionen...

3. Die vom konservativ-zentralkräftigen Block beschlossene Finanzreform ist schlechter als die Regierungsvorlage, denn sie belastet die breiten Massen des Volkes mehr und den Besitz so gut wie gar nicht.

Was müssen nun die Arbeiter tun, um sich gegen solche Ausplünderung zu schützen, und wie können sie solche Raubzüge für die Zukunft unmöglich machen? Die Arbeiter haben die 80 Millionen Schnapssteuer und die 45 Millionen Mark Liebesgabe nur dann zu zahlen, wenn sie den Schnaps trinken.

fort mit dem Fusel!

Es gibt keinen nachdrücklicheren Protest gegen die konservativ-kerisale Steuerpolitik, keine gründlichere Blamage des neuen Blocks, keine vernichtendere Niederlage der Regierung, als wenn die Arbeiter sich durch Enthaltung vom Schnaps genuss von einem Teil der Blocksteuern drücken.

Aber nicht gegen alle Steuern hilft die Einschränkung des Verbrauchs: Kaffee und Streichhölzer sind Steuerobjekte, auf deren Verbrauch die Arbeiter angewiesen sind.

Stein in die Konsumvereine!

Wichtiger aber als Einschränkung des Konsums und Vermeidung des Zwischenhandels ist die Erhöhung der Einnahmen der Arbeiter. Es ist die unabwendbare Pflicht eines jeden Arbeiters, mit allen Kräften nach einer Erhöhung des Lohnes zum Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung zu streben.

Siehe in die Gewerkschaften!

Das ist die beste Antwort, die den Steuermachern aller Farben und Schattierungen gegeben werden kann. Die Unternehmer sollen merken, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von schnapsstimmenden Junkern und scheinhelligem Heiratungsheer in ihrer Lebenshaltung um Jahrzehnte zurückwerfen zu lassen.

Die Mehr Anteilnahme am politischen Leben!

Wenn nicht ein Teil der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1907 in unbegreiflicher Verblendung der Reaktion verstand, wäre die Gleichheit hätte, wäre dieser Planberungsang nicht möglich gewesen.

Die Arbeitslosigkeit im 2. Vierteljahr 1909.

Das 2. Vierteljahr hat, wie zu erwarten war, einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gebracht. Nach dem im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Nachrichten, waren am Ende des 2. Quartals 2,8 Proz. der Mitglieder der bestehenden Verbände arbeitslos gegen 2,5 Proz. am Ende des 1. Quartals.

Die Prozentzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Laufe des Vierteljahres darstellt, betrug im Quartal 9,5. Sie ist nur um 0,1 höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Table with 7 columns: Year (1903-1909) and 2 rows of data (Arbeitslosigkeit in %, and another percentage).

Demnach ist die Prozentzahl für das 2. Vierteljahr nur um ein geringes über der Höhe des Vorjahres, aber erheblich über den Zahlen aller früheren Jahre seit Gründung der Statistik.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im 2. Vierteljahr 1909: am Ende 1.763.585 ZVL, am Ende 2.55.747 ZVL.

Die gesamte Bevölkerungszahl der Reichslande im 2. Vierteljahr 1909 betrug 2.060.835 ZVL, das sind 124.777 ZVL weniger als im ersten Vierteljahr 1909.

Table with 4 columns: Date (23. Februar, 20. März, 27. April) and 2 rows of data (Arbeitslosigkeit in %, and another percentage).

Damit ist der Prozentfuß der Arbeitslosigkeit am letzten Stichtage unter die Höhe der gleichen Termine im Vorjahre gefallen; auch die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit bleibt mit elf Tagen erheblich hinter dem 1. Vierteljahr mit 20 Tagen und um ein geringes gegen das 2. Vierteljahr des Vorjahres (12 Tage) zurück.

Unterstützung an Arbeitslose zahlte unser Verband im 2. Vierteljahr 68077 Mark gegen 272116 Mark im 1. Vierteljahr; das ist weniger als ein Viertel. Können wir somit eine erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes für das 2. Vierteljahr konstatieren, so scheint leider das dritte schon wieder erheblich schlechter werden zu wollen.

Hirsch-Dunderscher Schwindel.

Vor einiger Zeit hat irgend ein reichsverbandlischer geschulter Professionschwindler den Jahresbericht der Zahlstelle Hannover des Fabrikarbeiterverbandes als Unterlage zu einem Artikel benutzt. Wo bleiben die Arbeitergroßen? war das mit dem niedrigsten politisch zulässigen Maß von Intelligenz und Wahrheitsliebe zusammengestoppelte Machwerk betitelt.

Zu ihrem beiden Bekehrer-geistigen Anrats hat sich nunmehr das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter gestellt. Wir haben die Hirsche nie sonderlich hoch eingeschätzt, aber den Grad moralischer Verlogenheit haben wir ihnen doch nicht zugetraut; denn das Hirsch-Dundersche Organ darf nicht einmal die Unkenntnis gewerkschaftlichen Kassenwesens, die wir dem Urheber der Epistel als mildern Umstand angerechnet haben, für sich in Anspruch nehmen.

Die Methode des Reichsverbandsschwinders war folgende: Um zu beweisen, daß die „Arbeitergroßen“ zum übergroßen Teile in die Taschen der „Fehler und Agitatoren“ wandern, wurden die von der Zahlstelle Hannover vereinnahmten Lokalbeiträge und Prozente aus der Hauptkasse — also die für die Verwaltung der Zahlstellengeschäfte vereinnahmten Beträge — zur Grundlage einer Berechnung genommen. Dabei wurde dann die für jeden Fallwegs vernünftigen Menschen selbstverständliche Tatsache „festgestellt“, daß dieser Verwaltungsfonds eben auch zum größten Teil für Verwaltungszwecke und nur zu einem geringen Bruchteil zu Unterstützungen verwandt wird.

Doch die Hirsch-Dundersche Verlogenheit soll noch besser ans Licht gerückt werden. Die beiden erstgenannten Blätter präsenzierten ihre Schwindelrechnung am 10. Juli; am 14. Juli brachte die sozialdemokratische Tagespresse — und zwar nahezu die gesamte Presse — eine ausführliche Widerlegung: Schwindels unter Anführung der richtigen Zahlen. Am 30. Juli aber druckt das Hirschendblatt die Reichsverbandsschwindelnotiz ab, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß in zwischen eine Richtigstellung erschienen ist.

Aber noch mehr: der literarische Strolch — er zeichnet G. G. — im „Fabrik- und Handarbeiter“ flücht dem gestohlenen Schwindel noch ein Stückchen aus eigener Werkstatt an. Er vergleicht nämlich die Ausgabenverteilung der Lokalkasse unserer Zahlstelle Hannover mit — der Ausgabenverteilung der Hauptkasse des Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter. Triumpfierend verkündete er dann, daß die Beamten der Zahlstelle Hannover 44 Prozent der Ausgaben, die Beamten des Gewerkevereins aber nur 9 Prozent der Ausgaben erhalten. Die Mitglieder aber erhalten in der Zahlstelle Hannover nur 10 Prozent, im Gewerkeverein der Fabrik- und Handarbeiter aber 30 Prozent der Ausgaben als Unterstützung zurück. Daß ein Mensch so dumm sein kann, nicht einzusehen, daß die Lokalkasse einer Zahlstelle — also ein Verwaltungsfonds — und die Hauptkasse eines Gewerkevereins — also ein Unterstützungsfonds — ganz unvergleichbare Dinge sind, glauben wir nicht, also: Hirsch-Dunderscher Schwindel!

Mit dieser Kennzeichnung können wir das Gesicht laufen lassen, wenn wir nicht annehmen müßten, daß die Burtschen dann in aller nächster Zeit mit einem anderen Zahlenkaufen den Versuch machen würden, die Arbeiter irren zu führen. Um dem vorzubeugen, dringen wir nachstehend einen Vergleich der Ausgabenverteilung im Gewerkeverein der Fabrik- und Handarbeiter und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Da die Stärke und Leistungsfähigkeit einer Organisation in erster Linie abhängig ist von ihrem Mitgliederstand, beginnen wir mit einer vergleichenden Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen in den letzten 5 Jahren.

Es hatten Mitglieder:

Table with 6 columns: Year (1904-1908) and 2 rows of data (Fabrikarbeiter-Verband, Gewerkeverein d. Fabrikarbeiter).

Der Fabrikarbeiterverband hat also in den 5 Jahren um 32.354 Mitglieder, das sind über 160 Prozent, zugenommen, der Gewerkeverein hat aber in derselben Zeit 59.835, gleich 28 Prozent seiner Mitglieder verloren.

Table with 5 columns: Art der Ausgabe, Fabrikarbeiterverband (insgesamt, pro Mitglied), Gewerkeverein (insgesamt, pro Mitglied).

Man sieht, die Hirsch-Dundersche Rechnung geht arg in die Länge. Die Gesamtausgabe pro Mitglied ist im Fabrikarbeiterverband reichlich doppelt so hoch wie im Gewerkeverein, aber die Ausgabe für Unterstützungen ist genau fünfmal so hoch und die Ausgaben für Agitation, Verbandsorgan, Verwaltung usw. sind im Fabrikarbeiterverband um die Hälfte niedriger.

Nach der oben angeführten Tabelle entfallen von je 100 Mark Ausgabe:

- a) im Fabrikarbeiterverband: 80 Pfennige auf Unterstützungen aller Art und 20 Pfennige auf sonstige Ausgaben. b) im Gewerkeverein der Fabrik- und Handarbeiter: 36 Pfennige auf Unterstützungen aller Art und 64 Pfennige auf sonstige Ausgaben.

An diesen Zahlen kann jeder erkennen, welche beispiellose Unverschämtheit dazu gehört, wenn der „Fabrik- und Handarbeiter“ die verlogenen Rechenexempel irgend eines kapitalistischen Preßnachtes durch „Vergleiche“ zu ergänzen versucht. Wenn solche Mittel dazu dienen sollen, dem in langsamem Absterben begriffenen Hirschenleichenam neues Leben einzublasen, so ist das ein Versuch mit untauglichen Mitteln zu einem untauglichen Zweck.



Die Organisation würde auch Mittel finden, der Firma zu zeigen, daß der Kampf mit der Entlassung der Arbeiterinnen nicht beendet ist, sondern erst beginnt. Es müssen die Entlassenen untätig gesehen, wie andere ihre Arbeitsplätze einnehmen.

Die Arbeiterchaft der Firma aber mag aus diesem Vorkommnis die Lehre ziehen, daß nur fester Zusammenschluß eine Besserung der Verhältnisse bringen kann.

Berlin. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Viele unter euch sind gewerkschaftlich organisiert, seit das neue Vereinsgesetz besteht, könnt und sollt ihr euch auch politisch organisieren.

Der Verein, der jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, in Berlin tagt, hat für diesen Winter folgendes Programm aufgestellt: Am 1. September: Kulturhistorischer Vortrag von Prof. Dr. Finow.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, werdet Mitglieder des Vereins! Auch Gäste sind uns jederzeit willkommen.

Braunschweig. Vier Spezialitäten haben Braunschweig in der Welt so berühmt gemacht: die Braunschweiger Rümme, Braunschweiger Würst, Braunschweiger Honigsuchen und Braunschweiger Konferven.

Am meisten geklagt wird über die lange Arbeitszeit. Wenn auch laut Lohnvertrag die reguläre Arbeitszeit 10 Stunden betragen soll, wird doch überall 13 Stunden gearbeitet, teilweise noch länger.

Die Behandlung der Arbeiterinnen läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig, am schwachen wird die bloßste Antreiberin der Meißler resp. der Kupfererinnen in den einzelnen Betrieben empfinden.

Der Verein der Konfervenfabrikanten hat diese Mißstände bekannt gemacht, indem er die Zahl der Arbeiterinnen in der Fabrik im Oktober 1908 im Vergleich mit dem Oktober 1907 verglichen hat.

Rechnen, da sind auch Schattenseiten." Ganz richtig! Die Rechen in den Wägen der Herren Konfervenfabrikanten, die Schattenseiten in den Häuten der Arbeiterinnen.

Stuttgar-Konflikt. In der Pappfabrik von Maier im benachbarten Neustadt herrschen Zustände, die man gar nicht für möglich halten sollte. Löhne werden gezahlt, wie sie niedriger kaum gedacht werden können.

Den bei uns organisierten Steinholzlegern ist es infolge der sehr schlechten Konjunktur in diesem Jahre nicht gelungen, wesentliche Verbesserungen durchzuführen.

### Polizei und Gerichte.

Ingenieur Vertrauensmann. Am Sonnabend, dem 31. Juli, ist der frühere 2. Bevollmächtigte Hamann in Straßburg vor der dortigen Strafkammer wegen Betrugs, Unterschlagung und

Zwei Spitzbuben hatten Anfang Juni d. J. das Wohnzimmer des Kassiers unserer Bahnhofs-Kassenscheube erbrochen und die Kasse mitgegriffen, die einer Wohnungsreparatur halber abgeschraubt war, mit circa 400 Mk. Inhalt geraubt.

### Rundschau.

Die Errichtung eines fogen. Verdohnungsamts beschloßen die sachlichen Unternehmer-Vereinigungen der Textil- und Bekleidungsindustrie. Das Verdohnungsamt soll als Schiedsgericht bei Lohndifferenzen neben den gegenwärtig vorhandenen Vermittlungsämtern (Gewerbegericht) in Tätigkeit treten.

Die haatverhaltenden Unternehmer von Ahlen. In der Stadt Ahlen bei Hamm i. W. streifen zurzeit die Maurer und Baugewerksarbeiter. Obgleich die Forderungen der Arbeiter sehr bescheiden sind, können die organisierten Unternehmer sich nicht zu einem Entgegenkommen verstehen.

In der gestrigen Nummer des „Stadts- und Landboten“ veröffentlichte Sie eine Notiz, wonach die nächsten Absatz der Steine von der Hauptstelle der evangelischen Schule mit schriftlicher Erlaubnis des Pfarrers, also zu Recht erfolgt sei.

### Verbandsnachrichten.

- Vom 10. August ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: R. 288, Eilenburg 500,—, Breslau 400,—, Hergelbe 160,—, Wolmirstedt 160,—, Uthardensleben 100,—, Stuttgart 800,—, Speier 300,—, Grimma 100,—, Järlha 100,—, Ralbege 20,10, Neu-Beckum 10,—, Stettin 800,—, Sch. 3,60, Plauenscher Grund 800,—, Woldegt 250,—, Wittweiba 200,—, Partenstein —, 32, Sch. —, 60, Müllern 2000,—, Müllern 1000,—, Dresden 800,—, G. E. 25,—, Bernburg 600,—, Heegermühle 500,—, Beth 200,—, Radeberg 200,—, Nürnberg 187,—, Pries 180,—.

Schlutz Montag, 16. August, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer. Berichtigung: In Nr. 30 sind für Mannheim irrtümlich 155,75 Mk. quittiert. Die Abrechnung für das 2. Quartal 1909 haben eingeleitet: Hergelbe, Färbenberg.

Zur Beachtung! Mit der heutigen Nummer des „Proletarier“ gehen den Ortsverwaltungen einige Exemplare der „Verhaltensregeln für Zieglerarbeiter nach der Kampagne“ zu.

### Der Verbandskalender für das Jahr 1910

wird in den nächsten Wochen zur Versendung kommen und bitten wir, die Bestellungen baldigt aufzugeben. Der Preis beträgt wie im Vorjahre 50 Pf. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Verbandsjahr 1908. Die wichtigsten Ergebnisse der Verbandsstatistik.

### Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Nr. 307 173 für Paul Bötting, eingetreten am 1. März 1908 in Pl.-Grund. Nr. 134 902 für Paul Drews, eingetreten am 26. Februar 1906 in Hamburg. Nr. 114 593 für Paul Dornbet, eingetreten am 3. März 1906 in Bitterfeld. Nr. 247 276 für Alfred Genauß, eingetreten am 20. April 1907 in Dresden. Nr. 33 739 für Gottfried Häbenthal, eingetreten am 15. Juli 1903 in Bremen. Nr. 63 088 für Aug. Neumann, eingetreten am 1. August 1905 in Marne. Nr. 255 764 für Max Sowinski, eingetreten am 7. Sept. 1907 in Breslau. Nr. 315 681 für Marie Schenkenberger, eingetreten am 1. Januar 1908 in Dessau.

### Ausgeschlossen

ist auf Grund § 7d des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hamburg, Fr. Ott, Buchnummer 36 811, eingetreten am 2. März 1893, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Braunschweig, R. Prange, Buchnummer 1313, eingetreten am 1. Dezember 1899, wegen Verstoßes gegen § 7 Abs. g.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Sonanberg. Emil b. B. Behb, Salzbrunnen. Kurbach i. Vogtl. Moriz Krone, Obere Bahnhofstraße 33.

### Briefkasten.

Sr. in W. Für den „Proletarier“ ist das Ergebnis nicht verwendbar. Brunsbüttelboog. Eure Beschwerde über den Kollegen Sch. gehört an den Vorstand, aber nicht in die Zeitung. S. S. Vorstand: A. Breh, Hannover, Mühlstraße 5, 3. Etg. Ausschuß: J. Bruhns, Wandersb., Bäckerstr. 79, 1. Etg. S. u. S. Warum ich dem Bericht aus 2. keinen Redaktionschwanz angehängt habe? Weil das der lächerlich-unmöglichkeit Entschuldigung eines Wert beimeßen hieße, der ihr nicht gebührt; es steden ja doch nur einige Querelbipe dahinter.

### Inserate.

Wachtung! Oberberg. [2.50.-4.] Wachtung! Sonntag, 22. August, nachm. 3 Uhr, im Lokale von Fr. Boer: Mitglieder-Versammlung.

Agensordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl einer Agitationskommission 3. Stiftungsfest. 4. Lokalfrage in Neuenhagen. 5. Sonstige Anträge.

### Zahlstelle Rangelsheim und Umg.

Sonntag, den 29. August, nachm. 3 Uhr, in Wolfshagen bei Gohlwitz Klingberg, und abends 8 Uhr in Rangelsheim in Krosses Restaurant: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Der wichtigste Kampf und die neuen Steuern. 2. Bericht über den Kampf in Hannover. 2. Bericht über den Kampf in Hannover. 2. Bericht über den Kampf in Hannover.

### Zahlstelle Berrst.

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Zentralherberge bei Frau Kalkofen aufgehoben ist. Die nächste Herberge ist Dessau im Gewerkschaftsheim. Das Lokalfrage in Neuenhagen. 5. Sonstige Anträge.



